

Türkisch auf dem Stundenplan: Politiker fordern mehr Kontrolle

Opposition fürchtet politische Einflussnahme im Unterricht – Ministerium führt keine Aufsicht

VON BASTIAN MODROW

KIEL. In Schleswig-Holstein bahnt sich ein handfester Streit um den Türkisch-Unterricht durch Konsultslehrer an: Landespolitiker und Gewerkschafter fordern mehr staatliche Kontrolle und drängen darauf, den muttersprachlichen Unterricht grundlegend neu zu strukturieren. CDU und FDP werfen Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) Untätigkeit vor. Die Türkische Gemeinde Schleswig-Holstein wünscht sich eine Ausweitung des Sprachangebots.

Auslöser der Diskussion sind Aussagen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aus Nordrhein-Westfalen, wonach den Kindern dort nicht nur die türkische Sprache vermittelt werde. Ziel des Unterrichts sei es auch, eine türkische und muslimische Identität zu entwickeln. Die Gewerkschaft bezeichnet den Inhalt des Lehrplans als zum Teil „türkisch-nationalistisch“.

In Schleswig-Holstein steht der Unterricht an 25 Schulen auf dem Stundenplan. Die Pädagogen werden vom türkischen Konsulat berufen. Konkrete Hinweise darauf, dass politisch Einfluss auf Kinder genommen wird, gibt es bis-

Der Staat muss wissen, was in seinen Schulen passiert.

Karin Prien,
CDU-Bildungspolitikerin

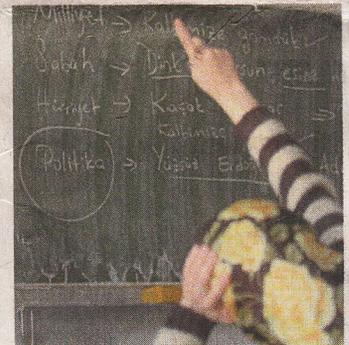
lang nicht, dennoch drängen Bildungspolitiker auf mehr Kontrolle. CDU, FDP und Grüne machen sich insbesondere dafür stark, muttersprachliche Lehrer an deutschen Hochschulen auszubilden.

Davon ist Schleswig-Holstein weit entfernt. Nach Auskunft des Bildungsministeriums liegt aktuell weder die Fach- noch die Dienstaufsicht

beim Land. Das Ministerium habe auch keinen Einfluss auf den Türkisch-Unterricht. Nach wie vor gelte eine 1977 erteilte EG-Richtlinie, nach der für den muttersprachlichen Sprachunterricht grundsätzlich die Konsulate zuständig sind.

Die Opposition lässt das nicht gelten. „Der Staat muss wissen, was in seinen Schulen passiert“, sagt die Hamburger CDU-Bildungspolitikerin Karin Prien, die zum Schattenkabinett von Daniel Günther gehört. Sie kritisiert, Bildungsministerin Ernst versuche, „sich aus der Verantwortung zu stehlen“. FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki bezeichnet die Haltung des Ministeriums als „blauäugig“. Das Land müsse den muttersprachlichen Unterricht unter Schulaufsicht stellen und Vorgaben zu den Lernmaterialien machen.

Auch die SPD sieht das Problem. „Angesichts der politischen Entwicklung in der Türkei sind Zweifel daran, ob die Konsultslehrer in jedem Fall



In 25 Schulen im Land gibt es Türkisch-Unterricht. FOTO: DPA

Inhalte unterrichten, die mit dem Grundgesetz, der Landesverfassung und den Werten des Schulgesetzes voll inhaltlich vereinbar sind, nicht nur erlaubt, sondern auch nötig“, sagt der Abgeordnete Martin Habersaat. Allerdings dürfe man die Konsultslehrer nicht unter Generalverdacht stellen. Sich auf Erfahrungen in anderen Bundesländern zu berufen, sei nicht ausreichend.

» KOMMENTAR | 2, SH | 8